Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Islamische Ohnmacht vor dem Rassenkonflikt

Afrikaner oder Araber?

Im April/Mai 1989 wurde Afrika von zwei tragischen Ereignissen erschüttert, die einen oft verdeckten Konflikt in den Vordergrund rückten, der seitdem mit unverminderter Schärfe andauert. Es ist der Konflikt zwischen Arabern und Afrikanern, zwischen dem weissen Nordafrika und dem südlichen Schwarzafrika. Dieser Kampf zerstört auch den Mythos vom einigenden Band der islamischen Brüderlichkeit. Er schadet dem Image des Islams als einer antikolonialen Religion die, im Gegensatz zum Christentum, keine Rassentrennung kenne. Vielmehr erwies sich, dass Rassengemeinschaft eine stärkere Kraft sein kann als Religionszugehörigkeit, zumal, wenn Rassengemeinschaft und bedrohter Lebensraum identisch werden.

Die beiden Nachbarstaaten Mauretanien und Senegal sind postkoloniale Gebilde. Zu manchen Epochen ihrer Geschichte haben diese Regionen eine politische Einheit dargestellt, speziell in den Zeiten marokkanischer Oberhoheit. Die Bevölkerungen sind seit Jahrhunderten miteinander verflochten. Die geschichtliche Entwicklung ist vom allmählichen Vorrücken der Mauren gegen Süden gekennzeichnet. Unter Mauren verstand man zur Römerzeit die Berber im gesamten Nordafrika. Heute umfasst der Begriff die Araber in Mauretanien ebenso wie die Berber bzw. die Mischbevölkerung aus diesen beiden Elementen, d.h. die Weissen im Gegensatz zu den Schwarzen (genauer gesagt: die Hellbraunen im Gegensatz zu den Dunkelbraunen). Mauretanien, einst zu Marokko gehörend, wurde 1956 von den Franzosen in die Unabhängigkeit entlassen und ist seither ein Nationalstaat der Weissen die über einen etwa gleichstarken Bevölkerungsanteil an Schwarzen herrschen.

In einem Grossmarokko als Vielvölkerstaat wäre es wohl kaum zu solch heftigen Ausbrüchen des Gegensatzes gekommen, ist doch auch der Süden des heutigen Kleinmarokko ähnlich schwarz-weiss gemischt. Das unabhängige Mauretanien wurde jedoch als Staat der weissen Mauren konzipiert, denen damit ein zuvor kaum vorhandenes Nationalbewusstsein vermittelt wurde. Mauretanien wurde Mitglied der *Arabischen Liga,* und obwohl selbst die weisse Bevölkerung zur Hälfte nicht arabisch, sondern berberisch ist, hielt doch Gedankengut eines nahöstlichen arabischen Nationalismus Einzug, speziell über den irakischen Flügel der Baath-Partei («Sozialistische Partei der Arabischen Wiedergeburt»), die in der Militärdiktatur von Nouakchott tonangebend ist.

Die französisch orientierte schwarze Bevölkerung entlang des Grenzflusses Senegal wurde diskriminiert, bis schliesslich eine *Afrikanische Befreiungsfront Mauretaniens (FLAM)* entstand, deren verfolgte Mitglieder bei den Verwandten im südlichen Nachbarland Senegal Zuflucht fanden. Zwischen beiden Staaten kam es zu Reibereien,

wie sie für Anrainer eines Flusses weltweit typisch sind. Hier wurden die Probleme jedoch durch die Ausbreitung der weissen Nomaden im von Schwarzen besiedelten Flussgebiet verschärft.

Abwehrkampf gegen die Weissen aus der Wüste

Die Kämpfe mit den muslimischen Fùr zeigten, dass es sich nicht um einen Religionskrieg, sondern um einen Rassenkonflikt handelt. Der Sudan, der zu jenem Zeitpunkt gerade im Begriff zu stehen schien, den Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd beizulegen, sah sich nun vor einen neuen Bürgerkrieg in einem anderen Landesteil gestellt. In fast allen dieser Fälle lassen sich eine Vielzahl kleinerer Konfliktstoffe anführen, die regionsspezifisch sind. Aus einer weiteren Sicht gesehen, handelt es sich jedoch um das erneute Aufflammen eines uralten Konflikts, der auf die Ausbreitung der Sahara zurückzuführen ist. Das Vorrücken der Wüste gegen Süden drängt die hellhäutigen Nomaden in die noch fruchtbaren Gebiete der Schwarzen, ein Prozess, der wohl schon seit Jahrtausenden anhält.

Die gegenwärtigen Kämpfe sind u. a. eine Folgeerscheinung der Sahel-Katastrophe, die in den achtziger Jahren viele Nomaden zur Aufgabe ihres traditionellen Lebensraums am Rande der Sahara, dem Sahel-Gebiet (arab. für *Küste* der Wüste) zwang. Dank der reichlich vorhandenen automatischen Waffen ist dieser Konflikt mörderischer denn je geworden. Heute kommt es allerdings auch zu einer Völkerwanderung in entgegengesetzter Richtung, also von Süden nach Norden, statt nur von Norden nach Süden. Überall ist es die Hauptstadt, die anzieht. Sie ist in der Regel der einzige Ort, der Flüchtlinge und Landflüchtige absorbieren kann. Dadurch sind viele Schwarze aus dem Süden nach Nouakchott gelangt, der Hauptstadt Mauretaniens.

Sprechen die *Schwarzen* von arabischem Sklavenhaltertum, so werfen die *Weissen* ihnen «Negerrassismus» vor. Dabei ist die Frage der Farbe hier eine recht komplizierte. Viele Mauren sind genauso schwarz wie die Senegalesen, mit denen sie sich seit Jahrhunderten vermischt haben. Bei dem 1989 erfolgten Bevölkerungsaustausch war oft der *Ausweis* entscheidender als das *Aussehen*. Wie sollte es auch anders sein? Ein hoher Diplomat Mauretaniens, Botschafter *Seck*, gehört z. B. einer Grossfamilie an, die sich von Mauretanien über Senegal nach Guinea Bissao erstreckt. Schliesslich haben wir es hier mit künstlichen Grenzen zu tun, die von den Kolonialmächten auf dem Reissbrett gezogen wurden.

Manche sehen hierin eine Stärke des Arabertums, dass es nämlich Menschen der verschiedensten Rassen integriere und ihnen eine neue Identität verleihe, sofern sie sich der arabischen Sprachgemeinschaft anschliessen. Gerade dieses Argument aber erzürnt viele Afrikaner: *«Warum sollen wir uns kulturell und sprachlich verändern? Wozu brauchen wir eine neue Identität? Wenn schon eine Identitätsbetonung, weshalb nicht* négritude? *Lasst uns lieber noch mehr Neger sein als weniger!»*

Ausserdem ist es mit der Integration schwarzer Araber nicht so weit her, wie von arabischer Seite gern vorgegeben wird. Schon der Held der vorislamischen Sage, *'Antar*, hatte Schwierigkeiten ob seiner dunklen Haut. Im ägyptischen Film ist er von den andern kaum zu unterscheiden, wird aber ständig als «Sohn einer schwarzen Mutter» gehän-

selt. Kuwait steht zum zweitenmal innerhalb von dreissig Jahren vor dem Dilemma, dass der Anwärter auf die Nachfolge des Herrschers eine schwarze Mutter hat. Beim erstenmal wurde ein weniger tüchtiger Prinz vorgezogen, weil er weiss war. Manch südsudanesischer Animist oder Christ hat ausgezeichnet Arabisch gelernt. In Jordanien oder Syrien würde man zwischen ihnen und dem nordsudanesischen Professor Nuri kaum einen Unterschied machen. Ungeachtet aller Kenntnis des Arabischen wären sie hier Neger.

Die Sklaverei gehört noch nicht der Vergangenheit an

Afrikanische Studenten in arabischen Staaten klagen über Rassismus, und zwar gerade in Kairo. Besonders schwer zu schaffen macht das den sogenannten *Black Muslims,* Schwarzamerikanern, die zum Islam konvertiert sind, weil sie meinten, dort gäbe es keine Rassendiskriminierung. Selbst im vergleichsweise afrikanerfreundlichen Marokko kam es zu einer Schlägerei unter Studenten, und ausgerechnet an der altehrwürdigen Qarawiyín, der berühmten theologischen Hochschule von Fes.

Sicher lassen sich zahlreiche Beispiele für ein positives Verhältnis von Nordafrikanern und Schwarzafrikanern anführen. Die heute überwiegend braunen Marokkaner sind teilweise das Ergebnis einer Mischung von weissen Berbern und Schwarzafrikanern, die bisweilen systematisch betrieben wurde, sozusagen staatlich verordnet, weil frühere Herrscher sich für ein bestimmtes Hellbraun – die Hautfarbe *birgi* – als Schönheitsideal begeisterten. Im Sudan geht es nicht um die Hautfarbe an sich, sondern um das damit verbundene Image. Dort ist der *Neger* des Südens ein «Wilder», der in insektenverseuchten Wäldern und Sümpfen haust. Vielleicht haben die arabisierten Nordsudanesen gerade deshalb ein solch starkes Unterscheidungsbedürfnis, weil viele von ihnen selbst so dunkel sind und von den helleren Ägyptern im Norden nicht so recht als ebenbürtig, sondern eben als *Neger* angesehen werden.

Ausserdem gibt es da die psychische Hinterlassenschaft der Sklavenhalterzeit. Viele Nordsudanesen sind die Nachkommen freigelassener und arabisierter Sklaven aus dem Süden, möchten das aber nicht wahrhaben, sondern als möglichst reine Araber gelten, wie absurd das auch immer erscheinen mag. Als der Sudan 1956 unabhängig wurde und sogleich der Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd ausbrach, mussten die Behörden erst einmal an die nordsudanesische Bevölkerung appellieren, die Südsudanesen nicht länger als *'abíd* (Sklaven) zu bezeichnen.

In Mauretanien ist die Sklaverei erst 1980 abgeschafft worden, besteht in der Praxis jedoch weiter. Die Sklaven werden oft zu Familienmitgliedern. Dadurch wird die Hautfarbe von Generation zu Generation dunkler, und nun fürchten die vom arabischen Nationalismus irakischer Prägung erfassten Mauren auf einmal um ihre Identität als *Araber* und treffen Vorkehrungen, das Land *weiss* zu halten. Dagegen richtet sich der Zorn der Senegalesen, deren Verwandte auf der Nordseite des Flusses seit Ausrufung des Staates Mauretanien über zunehmende Benachteiligung im öffentlichen Dienst klagen. Die mauretanische Militärdiktatur unter *Mu'áwiya Uld Sídí Táya* wurde durch die Ausschreitungen vom April 89 nicht etwa zum Einlenken veranlasst, sondern intensivierte noch ihre *«Entschwär-*

zung» des Staatsapparats, indem zehntausende mauretanischer Staatsbürger senegalesischer Herkunft abgeschoben oder aber durch Drangsalierungen zur Flucht gezwungen wurden.

Kontroverse Staatenblöcke im Schatten Europas

Schwarzafrikaner reagieren empfindlich auf jede nordafrikanische Blockbildung, wie z. B. die 1989 zustande gekommene *UMA (Union der Maghrebstaaten:* Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien). Ironischerweise ist diese neuen *Union* – wie einheitlich sie in der Praxis auch immer sein mag – aus Angst vor der europäischen Einheit zustande gekommen. Europas noch gar nicht perfekter Zusammenschluss hat in Afrika bereits nachhaltige Folgen. Jahrzehntelang hatten sich die Maghreb-Staaten befehdet, nun rückten sie auf einmal zusammen – aus Furcht vor einer neuen Macht im Norden, der man einen starken Wirtschaftsblock entgegensetzen möchte, um nicht gänzlich in die Bedeutungslosigkeit abzusinken. Bereits im Juni 1989 stand eine Gipfelkonferenz der *Arabischen Liga* in Casablanca gänzlich im Zeichen des bevorstehenden westeuropäischen Zusammenschlusses. Viele Araber meinten, wenn sie bei den Entwicklungen in Südostasien und Westeuropa noch irgendwie mithalten wollten, müssten sie ihre Kleinkriege endlich beenden.

Den Schwarzafrikanern ist jedoch gerade die *Arabische Liga* seit jeher ein Dorn im Auge. Aus ihrer Sicht sieht das so aus, als sei ein Teil Afrikas abgetrennt und mit Asien verbunden. Wozu gibt es denn die *OAU (Organisation der Afrikanischen Einheit)* fragt man sich in Luanda und Lusaka, in Dakar und Duala. Zaires Staatschef *Mobutu* drängte mehrmals darauf, eine panafrikanische Organisation ohne die Araber zu gründen. Er sprach nicht für sich allein als er sagte: *«Wenn die Araber es so haben wollen, dann lasst uns eben Afrika in Nord und Süd teilen.»*

Viele afrikanische Staatsmänner haben es satt, dass die Nordafrikaner stets arabische Konflikte in die *OAU* einbringen. Dort ist man zwar gern bereit, sich mit den Palästinensern solidarisch zu erklären, möchte aber als Afrikaner auch einmal unter sich sein und sich ausschliesslich afrikanischen Fragen widmen können. In diesem Punkt haben sich die arabischen Partner dickfellig bzw. egozentrisch gezeigt, als müsse sich stets alles um sie und ihre Probleme drehen. An Rhetorik fehlte es ihnen nie, und so wurde auch heftig gegen das Apartheit-Regime in Südafrika Stellung bezogen, jedoch nur verbal. Irgendeine Initiative zum Südafrika-Konflikt wurde von arabischer Seite nie entwickelt. Dabei hätten sie, angesichts der engen Beziehungen zwischen Pretoria und Teheran, noch einen zusätzlichen Grund und ein Eigeninteresse gehabt, die Afrikaner in ihrer Auseinandersetzung mit den *Afrikaanern* (Buren) aktiv zu unterstützen. Südafrikas wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit Israel und Iran hätte eigentlich ein triftiger Grund für arabisches Engagement sein können.

Auf jeden Fall haben viele Schwarzafrikaner den Eindruck, die Araber könnten nicht über ihre eigene Nase hinausschauen und dächten immer nur an sich selbst, und auch das nur auf recht kurzsichtige Weise.

Ausserdem mag man keine neue Bevormundung. *«Wenn schon Kolonialmächte, dann wenigstens richtige»*, liesse sich eine afrikanische Haltung um-

schreiben. In der Regel geben Schwarzafrikaner wenig auf arabische Prätentionen. Mit Briten und Franzosen könnten sich die Araber doch nicht messen, meint man südlich der Sahara. Deutsche und italienische Lebensweise gelten als anziehend und nachahmenswert, nahöstliche kaum.

Diese pro-europäische und antiarabische Einstellung herrscht vornehmlich an der Elfenbeinküste und in Zaire sowie in Kamerun und Kenia. Etwas davon ist aber fast überall in Schwarzafrika zu spüren, und zwar unter Muslimen bisweilen ähnlich stark wie unter Christen.

Ghadhafi als Elefant im Porzellanladen

Ghadhafi hält die «schwarzen Brüder» im Süden zweifelsohne für wichtig. Ob er sie wirklich für voll nimmt, steht auf einem anderen Blatt, und zwar in seinem *Grünen Buch*. Nicht wenige Afrikaner lesen darin paternalistische Überheblichkeit des libyschen Diktators, wenn nicht gar Rassismus.

Immerhin begriff Ghadhafi, dass die schwarzen Nachbarn im Süden auf arabische Blockbildungen allergisch reagieren, deshalb hiess z. B. die längst wieder zerfallene Union zwischen Libyen und Marokko *Afrikanisch-Arabische Einheit*, und der Gernegross in Tripolis ist stets darauf erpicht, schwarzafrikanische Staaten in seine Einheitsbestrebungen miteinzubeziehen. Auf der anderen Seite ist Ghadhafi der Hauptverantwortliche für die gegenwärtigen afrikanischen Bedenken gegen die Araber. Seine Intervention in Uganda zwecks Rettung *'Idi Amíns* diskreditierte ihn, erst recht aber sein so jämmerlich fehlgeschlagener Versuch einer Eroberung des Tschad, ebenso all die libyschen Wühlarbeiten im Senegal, in Niger, in Ghana, Liberia, Burkina Faso, Burundi, Kenia und anderswo. Die beständigste seiner zahlreichen Unionsbildungen war bezeichnenderweise die mit dem Äthiopien des geflohenen Revolverhelden *Menghistu*, der durch und durch antiarabisch eingestellt war. Das hatte mit der anderen Dimension der libyschen Politik zu tun, der pro-sowjetischen Komponente und der sich daraus ergebenden Abhängigkeit von ostdeutschen «Sicherheitsfachleuten». Beide, Ghadhafi und Menghistu, verdanken ihr Überleben weitgehend dem persönlichen Einsatz von STASI-Chef *Markus Wolf*.

Im Südsudan stand Ghadhafi zeitweilig auf seiten der schwarzafrikanischen Aufständischen gegen die arabische Regierung in Khartum. Das lag jedoch an seiner persönlichen Feindschaft gegen den damaligen sudanesischen Machthaber *Numeiri*. Kaum war jener gestürzt, da schwenkte Ghadhafi um und unterstützt nun seit 1985 die *«arabische Armee des arabischen Brudervolkes im Sudan in ihrem Kampf um die arabische Sache»*. Seit über sechs Jahren schon werden Ghadhafis südsudanesische Verbündete von einst von libyschen Flugzeugen bombardiert, die zu diesem Zweck an die stark dezimierte sudanesische Luftwaffe ausgeliehen wurden – samt Piloten und Bomben.

Viele Schwarzafrikaner sehen generalisierend diesen Wankelmut des libyschen Diktators als stellvertretend für die Haltung der Araber insgesamt an. So hat all das libysche «Liebeswerben» um Schwarzafrika wenig gefruchtet. Ghadhafi hat den afrikanisch-arabischen Beziehungen mehr geschadet als irgendein anderer Politiker. Er unternahm etliche Versuche, mehrere

afrikanische Staatsoberhäupter dazu zu bewegen, zum Islam überzutreten. Einige dieser «Heiden» fanden das ausgesprochen albern. Im übrigen stellten diese Bekehrungsversuche nicht nur Ghadhafi selbst als taktlos und unreif bloss, sondern erhärteten auch die Ressentiments gegen den Islam als Instrument eines arabischen Imperialismus. Natürlich versuchte ein jeder, ihm etwas Geld aus der Tasche zu ziehen, ansonsten aber amüsierte man sich bestenfalls darüber, dass er glaubte, bei Afrikanern als Bekehrer auftreten zu können, die zumeist eine viel höhere Bildung besassen als er selbst.

Viele afrikanische Muslime fragten sich ausserdem, was denn das wohl für ein Islam sei, den Ghadhafi da verkünde. Den Glaubensbrüdern südlich der Sahara drängte er nämlich unermüdlich sein *Grünes Buch* auf, worin vom Islam wenig die Rede ist und das auch sonst wenig geistige Substanz hat.

Brauner Grossfürst mit afrikanischer Berufung: Hassan II.

Ein gewisses Gegengewicht zu Ghadhafis Überheblichkeit und Unberechenbarkeit bildete König *Hassan II.* Der marokkanische Monarch darf als afrophil bezeichnet werden, was ihm angesichts seiner dunklen Hautfarbe auch leichter fällt als irgendeinem der anderen nordafrikanischen Staatsoberhäupter. Marokkanische Militärberater und Sondereinheiten spielen in mehreren afrikanischen Staaten eine ausschlaggebende Rolle. Von der Weltöffentlichkeit wenig zur Kenntnis genommen, wirkte König Hassan auf diskrete Weise dem Einfluss *Fidel Castros* entgegen. Während alle Welt die Befreiungsbewegung *UNITA* des *Jonas Sawimbi* als Marionette der Südafrikaner beschimpfte, war in Wirklichkeit nicht Pretoria, sondern Rabat wichtigster Aussenposten der angolanischen Rebellen. Die Offiziere der *UNITA* wurden nicht in Südafrika, sondern in Marokko ausgebildet.

Der guineanische Diktator *Sékou Touré* wurde gegen Ende seines Lebens ein Familienfreund König Hassans. Allerdings hatte er sich zu spät für diese Option entschieden, so dass weder sein heruntergewirtschaftetes Land von marokkanischen Unternehmern noch seine Gesundheit von marokkanischen Ärzten gerettet werden konnten.

Auch der ehemalige Präsident von Niger, *Hamani Diori,* verbrachte seine letzten Tage als Gast des marokkanischen Königshauses. Zaires Mobutu ist Marokko ebenso verpflichtet wie *Omar Bongo,* Präsident von Gabun. Der König unterstützt Konservative wie *Houphouet Boigny* von der Elfenbeinküste, und gerade dieses konservative Lager ist gegenüber den revolutionären Hitzköpfen erstarkt. Paradebeispiel ist *Burkina Faso,* wo auf den ungestümen Ghadhafi-Freund *Thomas Sankara* ein weniger pro-libyscher Gemässigter gefolgt ist.

Mauretanien und Senegal gelten dem marokkanischen Herrscher als Sprösslinge, die sich flügge gemacht haben. Wenn es Not tut, ist Marokko als erstes Land zur Stelle, um Hilfe zu leisten, wie im Falle der blutigen Auseinandersetzungen von 1989, als sofort eine marokkanische Hilfsaktion grossen Umfangs einsetzte. Immerhin ist es ein hoffnungsversprechendes Zeichen, dass gerade Marokko Einsichtigkeit zeigt; denn historisch gesehen, speziell im 16. Jahrhundert, unterschieden sich die imperialen Raubzüge gegen schwarzafrikanische *Eldorados* wie Ghana und

Mali kaum von den spanischen Eroberungen der Goldreiche im Mexiko und Peru.

Marokko wurde aber auch zum Ausgangspunkt für den Islam in Westafrika. Die theologische Hochschule Qarawiyín in Fes hat einen ähnlichen Radius wie Al-Azhar, die aus dem 8. Jahrhundert stammende theologische Hochschule Kairos, die traditionell die islamische Orthodoxie nicht nur des Sudan, sondern sogar Indonesiens bestimmt. Doch vertritt die Qarawiyín mehr als Al-Azhar, nämlich die Kalifenstellung des marokkanischen Herrschers, die selbst in so entfernten Winkeln wie Nord-Togo Widerhall gefunden hat. Dieser sich über fast ganz Westafrika erstreckende religiös-kulturelle Einfluss Marokkos wird meist unterschätzt. Weite Teile Westafrikas sind vom marokkanischen Erbe ähnlich geprägt wie Lateinamerika vom spanischen Erbe. Fast erinnert die Einstellung Hassans II. ein wenig an die Haltung von *Charles de Gaulle* gegenüber den unabhängig gewordenen Staaten in den ehemals französischen Kolonien. Allerdings gibt sich der marokkanische Monarch weniger paternalistisch, dabei hätte er als *Fürst der Gläubigen* allen Grund dazu.

Doch Marokkos Mittel sind beschränkt. Es ist selbst auf Zuwendungen aus Saudi-Arabien angewiesen, die 1987 stark reduziert werden mussten. Rabat spielt zwar in Afrika eine effektive Rolle, doch in beschränktem Mass. Hassan II. ist nicht in der Lage, den Konflikt zwischen Arabern und Afrikanern grundsätzlich zu beheben, sondern allenfalls ihm etwas von seiner Schärfe zu nehmen und ein wenig vom Schaden zu reparieren, den Ghadhafis überall anrichtete.

Israel als Schreckgespenst

1985 schlug *Yássir Arafàt* nach einem Besuch in Khartum Alarm: Im Sudan könnte ein neues Israel entstehen! Welch merkwürdiger Vergleich, ausgerechnet aus dem Munde des PLO-Chefs. Gemeint war die Besetzung arabischen Bodens durch eine fremde Rasse. Er schnitt sich damit ins eigene Fleisch; denn es sind ja die eingeborenen afrikanischen Sudanesen, Niloten, die seit langer Zeit von den Arabern aus dem Norden zurückgedrängt und überfremdet werden, deren Kindern man in den Schulen arabische Namen verpasst, für deren Islamisierung Milliardenbeträge aus Arabien herbeigeschafft werden, während die übrige Welt sich abmüht, dem Hungersterben im Sudan Einhalt zu gebieten.

Andererseits darf nicht unerwähnt bleiben, dass die ölreichen arabischen Staaten seit 1986 ernste Anstrengungen unternommen haben, den schwarzen Glaubensbrüdern am Rande der Sahara aus der Misere zu helfen. Kuwait und Saudi-Arabien haben gewaltige finanzielle Beiträge geleistet, um die Not der Dürrekatastrophe zu mildern – von Äthiopien bis Mali. Für die vielen in den siebziger und achtziger Jahren mit Öldollars aufgebauten internationalen Organisationen des Petro-Islam war das ein erster Test, der erfolgreich bestanden wurde. Lässt sich daraus auf ein Bewusstsein der Verantwortlichkeit gegenüber den armen nichtarabischen Glaubensbrüdern schliessen? Auszuschliessen ist das nicht; denn die in Arabien solider gewordene moderne Bildung hat auch in anderen Bereichen eine neue politische Reife auf den Plan treten lassen.

Khalid Durán

Zwischen Propaganda und Information

Schwierigkeiten der Berichterstattung aus Kriegsgebieten

Bei den zwei bewaffneten Konflikten, die in letzter Zeit im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit standen und stehen, beim Golfkrieg und beim jugoslawischen Bürgerkrieg, handelt es sich auch um ausgesprochene Medienkriege: Der Kampf beschränkt sich heute nicht auf das Schlachtfeld, es geht auch um die Gunst der öffentlichen Meinung im regionalen und globalen Rahmen. Dies bedingt eine wohlgesinnte Berichterstattung, wofür den elektronischen Medien und insbesondere dem Fernsehen die grösste Bedeutung zukommt. Als Konsequenz sahen sich die Journalisten im Golfkrieg einem ausgefeilten «Medien-Management» der Militärbehörden gegenüber, während sie sich im ehemaligen Jugoslawien im Dschungel der widersprüchlichen Meldungen der Kriegsparteien zurechtfinden müssen. Was sind die Folgen für die Berichterstattung? Wie begegnen die Journalisten den ihnen auferlegten Beschränkungen? Was für Schlussfolgerungen können daraus für künftige Konflikte gezogen werden? Diese Themen wurden kürzlich an einer Tagung des südenglischen Konferenzzentrums Wilton Park diskutiert, an der betroffene Journalisten, Beamte und Akademiker teilnahmen[1].

Rasche Übermittlung umstrittener Nachrichten

Die meisten Menschen müssen sich für Informationen über das Ausland auf Erfahrungen aus zweiter Hand bzw. die Massenmedien verlassen. Der Journalist bleibt aber seinerseits oft hilflos gegen Kontrollen, die im Vorfeld der Informationsbereitstellung auftreten. Im Golfkrieg kam mit der Direktübertragung via Satellit ein verstärkendes Element dieses problematischen Nachrichtenflusses hinzu: die Geschwindigkeit verhalf dem Fernsehen – das Medium, dem die Bevölkerung erwiesenermassen bereits zuvor die grösste Glaubwürdigkeit attestierte – zu noch stärkerem Ansehen. «Direktübertragung» wurde instinktiv mit «Wahrheit» gleichgesetzt[2]. Tatsächlich hat die Geschwindigkeit, mit der Nachrichten übermittelt werden, aber keinen direkten Einfluss auf deren Authentizität. Ganz im Gegenteil verliert der Journalist bei dieser Übermittlungsweise die kritische Distanz zum Ereignis. Das Resultat erweist sich dementsprechend als zweifach negativ, indem Nachrichten übermittelt werden, deren Wahrheitsgehalt zwar zweifelhafter, deren Glaubwürdigkeit beim Zuschauer aber um so grösser ist. Dieser Sachverhalt wurde sowohl im Golfkrieg wie auch im jugoslawischen Bürgerkrieg von den Konfliktparteien, die als Informationslieferanten wirkten, ausgenutzt.

Langfristige Presse-Strategie des Pentagons

Im Gegensatz zu Irak waren die westlichen Teilnehmerstaaten der Koalition auf die Unterstützung ihrer Aktion durch die öffentliche Meinung zu Hause angewiesen. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten, wo der erste Grossaufmarsch von Truppen im Aus-

land seit dem Vietnamkrieg gezwungenermassen unliebsame Assoziationen hervorrufen musste. Noch heute sind viele Amerikaner der Überzeugung, dass dieser Krieg massgeblich wegen der damals herrschenden Pressekritik verloren wurde. Im Fall des Golfkrieges war das Pentagon für die «Auseinandersetzung» mit der Presse gerüstet: Bereits 1983, kurz nach der Invasion von Grenada, war in den Vereinigten Staaten unter dem Vorsitz des ehemaligen militärischen Pressebeauftragten im Vietnamkrieg, Major-General *Winant Sidle*, eine Kommission zur Ausarbeitung von Richtlinien für das «Medien-Management» in künftigen Konflikten gebildet worden. Die Empfehlungen der Kommission, darunter namentlich das «Pool-System», kamen im Golfkrieg weitgehend zum Einsatz. Dieses System sieht vor, dass nur eine sehr beschränkte Anzahl Journalisten unter militärischer Aufsicht Zugang zur Truppe und den Kampfzonen erhält. Die betreffenden Medienleute müssen anschliessend ihre Berichte mit den zurückgebliebenen Berufskollegen teilen.

Die Medienvertreter hatten dieser Planung keine vergleichbare Strategie entgegenzustellen. Ungewohnt mit einer Stimme gegen aussen aufzutreten und durch das Konkurrenzdenken geschwächt, wussten sie ihre Interessen nicht durchzusetzen: *«Das Pentagon gewann zwei Kriege: den auf dem Schlachtfeld und den gegen die Presse»*, meinten übereinstimmend die an der Tagung anwesenden Medienvertreter. Noch nie hätten wie im Golfkrieg so viele Journalisten so wenig gesehen. Den Interessen der Presse zuwider lief ebenfalls, dass der Golfkrieg, zumindest in den angelsächsischen Staaten der Koalition, ein ausserordentlich populärer Krieg war. Knapp sechzig Prozent der in einer Umfrage befragten Amerikaner gaben an, sie hätten sogar eine noch stärkere Zensur der Presse befürwortet[3].

Umstrittenes Konzept «Nationale Sicherheit»

Die Kontrolle über die Berichterstattung der Journalisten auf seiten der Koalitionskräfte gründete auf zwei Pfeilern: der Zensur und der Bildung von «Presse-Pools». Als Rechtfertigung staatlicher Zensur in demokratischen Systemen dienen die Anforderungen der nationalen Sicherheit. Über die Definition dieses Konzeptes divergierten jedoch die Ansichten zwischen den an der Konferenz anwesenden Journalisten und Beamten. Ein Redaktor einer bedeutenden Zeitung der amerikanischen Westküste, *«Los Angeles Times»*, vertrat die Meinung, es liege grundsätzlich in seinem Ermessen, darüber zu befinden, ob er eine ihm vorliegende Information journalistisch verarbeiten dürfe oder nicht. Dagegen meinte ein Behördenvertreter, im Kriegsfalle obliege es den Militärs zu bestimmen, was Nachrichtenwert besitze und was nicht. Beispielsweise war es im Golfkrieg untersagt, über gewisse Lebensgewohnheiten amerikanischer Soldaten zu berichten, die geeignet gewesen wären, bei den saudischen Gastgebern oder im Heimatstaat Empörung hervorzurufen. Begründet wurde dieses Verbot mit den Erfordernissen der nationalen Sicherheit. Diese beinhalte auch das Ziel, maximale Unterstützung für die Streitkräfte im Gastland und zuhause sicherzustellen. Allgemein sei in einem Konflikt von der Veröffentlichung sämtlicher Informationen abzusehen, die *«Leben kosten könnten»*. Inwieweit dies auf die Lebensgewohnheiten der amerika-

nischen Truppe zutrifft, scheint aber zumindest diskutierbar zu sein.

Unbeliebte «Presse-Pools»

Nicht minder umstritten als die Definition des Konzepts nationaler Sicherheit war die Bildung und Zusammensetzung der «Presse-Pools». Von den in Saudi-Arabien anwesenden 1500 Pressevertretern konnten sich bloss 192 einen Platz in einer der 24 Gruppen sichern. Die Auserwählten wurden militärisch ausgerüstet und konnten sich, unter ständiger Begleitung von Presseoffizieren, ins Kampfgebiet begeben. Journalisten aus Staaten, die keine Truppen stellten, hatten praktisch keine Chance auf einen Platz. Doch auch den mitfahrenden Pressevertretern war bei der ganzen Angelegenheit nicht immer wohl zu Mute. Einem berühmten Radio-Journalisten aus New York kamen Zweifel auf, ob er in einer amerikanischen Armee-Uniform gekleidet und faktisch als Teil der amerikanischen Streitkräfte gegenüber seinen Hörern noch den Anspruch eines neutralen Beobachters erheben konnte. Sollte die Glaubwürdigkeit der Medienleute durch die Zwänge des «Pool-Systems» geschmälert werden, wäre letztendlich aber eines der deklarierten Ziele der staatlichen Pressekontrolle, nämlich die Sicherung der Unterstützung der öffentlichen Meinung im Heimatstaat, in Frage gestellt.

Neue Technologien als Herausforderung

Die Verwendung neuester Technologien erschwerte die Zusammenarbeit von Militärs und Journalisten erheblich. Der vorwiegende Einsatz moderner und auf grosse Distanz operierender Waffensysteme (Luftwaffe, Artillerie, Panzer) machte die Journalisten für den Zugang zu Informationen praktisch vollständig von den Angaben der Militärbehörden abhängig. Eine eigenständige Beobachtung des Kampfgeschehens war, vom «Pool-System» ganz abgesehen, wegen der Distanzen zwischen den Fronten praktisch unmöglich. Die Militärs ihrerseits fürchteten die Weiterverbreitung operationsrelevanter Informationen via Satelliten-Fernsehen, die den gegnerischen Truppen von unmittelbarem Nutzen sein könnten. Besonders heikel war dieses Problem in einem Nebenschauplatz des Krieges, nämlich in Israel. *«In unserem Land gab es keine eigentliche Front, die für Reporter hätte geschlossen werden können»,* erklärte ein israelischer Militärsprecher. Die Journalisten konnten in Tel-Aviv in einem Restaurant auf den nächsten Einschlag einer Scud-Rakete warten, um dann über mobile Kommunikationsgeräte, wie z. B. Taschentelefone, Informationen über den Landeort zu verbreiten. Eine eigentliche Zensur war von den Umständen her undenkbar. Die einzige radikale Möglichkeit wäre gewesen, die Präsenz ausländischer Journalisten im ganzen Land drastisch einzuschränken. Doch damit hätte sich Israel eines grossen Teils der Unterstützung der öffentlichen Meinung in der Welt beraubt. Die Behörden waren somit darauf angewiesen, mit den Journalisten einen modus vivendi zu finden. Sie beschlossen, «Grundregeln» (ground rules) zu erlassen, die jegliche Weitergabe von Informationen über die Einschläge von Scuds oder die Stationierung von Patriot-Raketen unter Androhung von Sanktionen untersagten. Auch wurde versucht, den Journalisten zu Bewusst-

sein zu bringen, dass letztendlich deren eigene Sicherheit auch auf dem Spiel stand.

Opfer der gegenseitigen Propaganda

Anders als im Golfkrieg sehen sich die Berichterstatter im vom Bürgerkrieg zerrütteten ehemaligen Jugoslawien keinem eingespielten Team spezialisierter Militärbehörden gegenüber. Eine Kontrolle im Sinne eines «Pool-Systems» wäre angesichts des besser zugänglichen Kampfgeländes und der grösseren Bevölkerungsdichte wohl auch kaum durchführbar. Doch stellen sich einer seriösen Berichterstattung andere Hindernisse in den Weg. So wurden internationale Medien schon mehrfach das Opfer der gegenseitigen Propaganda der Konfliktparteien. Zahlreiche Meldungen über angebliche Massaker konnten im nachhinein nicht bestätigt werden oder wurden sogar widerrufen. Zur Verwirrung trägt auch die oft vollständige Kontrolle der Machthaber über die jeweiligen lokalen Medien bei, die sich in Sprachrohre der Kriegsparteien verwandeln. So zeigte zur Zeit des Höhepunktes der Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kroaten ein Bericht des serbischen Fernsehens eine Baustelle in Kroatien verbunden mit der Behauptung, es entstehe dort ein Internierungslager für serbische Gefangene. Bei der anschliessenden Überprüfung durch Beobachter der Europäischen Gemeinschaft entpuppte sich das Gelände jedoch als künftiges Tenniszentrum[4]. Dieses eine Beispiel darf nicht über die bisher im jugoslawischen Bürgerkrieg wirklich verübten Greueltaten hinwegtäuschen. Bei wiederholtem Missbrauch der Medien für Propagandazwecke ist jedoch nicht zu vermeiden, dass Schreckensmeldungen zumindest in der internationalen Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit verlieren. Nur innerhalb des ehemaligen Jugoslawiens werden sie den gegenseitigen Hass weiter schüren. Letztendlich liegt es auch an den Journalisten, durch sorgfältiges Recherchieren der Verbreitung fragwürdiger Sensationsmeldungen vorzubeugen.

Lehren für die Zukunft

Der Golfkrieg war unter anderem durch folgende Besonderheiten gekennzeichnet: er war von kurzer Dauer, zum Teil deswegen populär und fand grösstenteils in einem relativ schwer zugänglichen Kampfgelände statt. Diese Punkte halfen den Behörden, die Berichterstattung über den Konflikt unter Kontrolle zu halten. Eine ähnliche Erfahrung hatte Grossbritannien 1982 im Falklandkrieg gemacht. Doch selbst im Golfkrieg war mit der Zeit eine zunehmende Missachtung der geltenden Regeln durch die Medienleute festzustellen, bevor mit dem Beginn der Landoffensive das «Pool-System» vollkommen zusammenbrach. Eine längere Kriegsdauer und eine damit einhergehende sinkende Popularität der Aktion hätte die Medien zweifellos in ihrer traditionellen Funktion als Gegenmacht bestärkt. Eine solche Ausgangslage, in der die Kontrolle des Zugangs zum Kampfgelände nicht sicherzustellen und die Kriegsdauer höchst ungewiss ist, würde sich bei einem möglichen internationalen Eingreifen im jugoslawischen Bürgerkrieg stellen. In einem solchen Fall wäre es für die Militärs sicher von Vorteil, ein Kontrollsystem aufzubauen, das den Medienvertretern mehr Vertrauen entgegenbrächte. Dazu gehörte

nicht zuletzt eine glaubwürdige und damit auch respektierte Definition des Konzepts nationaler Sicherheit. Dass im Golfkrieg die Koalition vor der Lancierung der Bodenoffensive die Medien bewusst zur Verbreitung von Fehlinformationen missbrauchte, trug sicher nicht zum Aufbau eines solchen Vertrauensverhältnisses bei.

Viele Medienvertreter sollten sich ihrerseits fragen, ob sie sich im Golfkrieg nicht allzu bereitwillig den Zensurbedingungen der Militärs fügten. Der berühmteste und umstrittenste Fall ist in diesem Zusammenhang sicher CNN-Korrespondent *Peter Arnett*, der mit dem Regime *Saddam Husseins* allseits heftig kritisierte Vereinbarungen für seinen Verbleib in Bagdad einging. Doch auch auf der Seite der Koalitionsstreitkräfte liessen viele Journalisten, vor allem aus truppenstellenden Staaten, an kritischer Beobachtung vermissen. So hatte beispielsweise das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) Mühe, Meldungen betreffend die Lage der Zivilbevölkerung in Irak über westliche Medien weiterzuverbreiten. Allgemein trat bei den elektronischen Medien an die Stelle der Analyse und Hinterfragung vielfach das Kriterium der Geschwindigkeit, wie dies im jugoslawischen Bürgerkrieg auch der Fall ist. Selektive Direktübertragung sollte den Fernsehzuschauern das Gefühl vermitteln, dabei zu sein. Die Bevölkerung behielt vom Golfkrieg das Bild eines Spektakels: Raketen zogen vor nächtlichem Hintergrund ihre Leuchtspuren und sogenannte «Smart-Bombs» suchten, durch das Fadenkreuz gefilmt, ihr Ziel. Kurzfristig half diese Art Berichterstattung sicher, die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Man muss sich aber fragen, ob es langfristig der politischen Kultur und damit der Stabilität von Demokratien förderlich ist, Kriege zu riskieren, ohne der eigenen Bevölkerung die damit einhergehenden negativen Konsequenzen vor Augen zu führen.

Laurent Goetschel

[1] Siehe auch den kürzlich erschienenen Bericht Nicholas Hopkinson: *War and the Media.* Wilton Park Paper 55, London 1992. – [2] Vgl. Christopher Young: *The Role of the Media in International Conflict.* Canadian Institute of International Peace and Security, Working Paper 38, Ottawa 1991; S. 62. – [3] Umfrage der Princeton Survey Research Association (PSRA), durchgeführt im Auftrag des Times Mirror Center for the People and the Press, in: *The Media at War.* Gannett Foundation, New York 1991; S. 86–95. – [4] Vgl. *Neue Zürcher Zeitung,* 5. März 1992; S. 4.

David Hume und die Forschungsmethoden der Ökonomie

Beobachtung und Erfahrung als Grundlage der induktiven Methode

Das ökonomische und politische Versagen der Zentralverwaltungswirtschaften scheint den Wettbewerb zwischen verschiedenen Wirtschaftssystemen vorläufig ausser Kraft gesetzt zu haben. Diese Tatsache veranlasste den Amerikaner *Fukuyama* zur These, dass die Welt am Ende der Geschichte angekom-

men sei, da einzig die Marktwirtschaft überlebt habe. Ideologisch gesehen mag diese Aussage zutreffen. Bis die Reformprozesse und Systemtransformationen in Richtung «Marktwirtschaft» allerdings real greifen, wird die Geschichte noch keineswegs abgeschlossen sein. Ideologie und Verlangen nach Wohlstand reichen nicht aus, um neue nationale Wirtschaftsordnungen zu schaffen. Vielmehr gilt es, *unbefangen und vorurteilslos* die einzelnen westlichen Wirtschaftssysteme zu beobachten und ordnungspolitische Vergleiche anzustreben. Die voraussichtlich tauglichsten Wirtschaftsreformen sind einzuleiten und notfalls, bei Versagen, auch wieder rückgängig zu machen. Lernen durch *Beobachtung und Erfahrung* heisst die generelle Devise, welche schon *David Hume* als empirische Wissenschaftsmethode empfahl.

Allerdings wird dieser Forschungsansatz bisweilen auch in den traditionellen Marktwirtschaften vernachlässigt. Erfahrungs- und beobachtungsgestützte Forschung scheint derzeit nicht allzu attraktiv zu sein. Dieser Beitrag ruft deshalb Humes sozialwissenschaftlichen Forschungsansatz in Erinnerung und wendet anschliessend, kritisch bewertend, seine Wissenschaftskriterien auf die Ökonomie an.

Die Induktion bei David Hume[1]

Hume beginnt seine 1748 erstmals publizierte *«Untersuchung über den menschlichen Verstand»* mit einer Unterteilung *«aller Perzeptionen des Geistes»* in *«Eindrücke» («Impressions»)* und in *«Vorstellungen» («Ideas»)*. Erstere werden als stärkere Perzeptionen bezeichnet und umfassen alle Wahrnehmungen äusserer und innerer Art (Sinneswahrnehmungen und Gefühlszustände). *Ideas* sind die davon zurückbleibenden Vorstellungen und damit schwächere Perzeptionen (S. 31 ff).

Auf die Einführung der Vorstellungen folgt eine Betrachtung über deren *«Assoziation»*. Es können drei Grundprinzipien unterschieden werden (S. 38 ff.): *Ähnlichkeit (Resemblance), raum-zeitliche Berührung (Contiguity), Ursache oder Wirkung (Cause or Effect).*

Bei der Betrachtung der menschlichen Verstandestätigkeit werden alle Gegenstände menschlichen Denkens in zwei Arten gegliedert: *Vorstellungsbeziehungen (Relations of Ideas) Tatsachen (Matters of Fact).*

Vorstellungsbeziehungen lassen sich, unabhängig von der Aussenwelt, durch reine Denktätigkeit entdecken. Darunter fallen beispielsweise die Gesetze der Mathematik, der Physik oder der Chemie. Tatsachen beziehen sich hingegen auf die erlebte Aussenwelt (S. 42 ff.). Das Verhältnis zwischen Vorstellungsbeziehungen und Tatsachen ist das Thema der darauf folgenden Abhandlungen über *«Ursache»* und *«Wirkung»*, was nach Hume die wissenschaftliche Induktion darstellt.

Der menschliche Geist kann beobachten, dass eine Tatsache auf eine andere folgt. Geschieht dies viele Male, so wird der Zusammenhang zur Gewohnheit. Es entsteht die Vorstellung, die eine Tatsache sei die Ursache, die andere die dazugehörige Wirkung. Hume definiert dabei die Ursache folgendermassen: *«Ein Gegenstand, der einen anderen im Gefolge hat, wobei alle dem ersten ähnlichen Gegenstände solche, die dem zweiten ähnlich sind, zur Folge haben»;* ebenso *«ein Gegenstand, der einen anderen zur Folge hat und dessen Auftreten stets das Denken zu jenem anderen hinführt»* (S. 102).

Allein die Gewohnheit macht den Unterschied aus zwischen der einmaligen Beobachtung der Abfolge zweier Gegenstände, die als Vorstellung einer Abfolge bleibt, und der vielmaligen Abfolge, die zur Vorstellung von Ursache und Wirkung wird. Die Gewohnheit ist ein Prinzip der menschlichen Natur (und ebenso der Tiernatur). Sie bewirkt den Übergang von der Beobachtung eines Einzelfalls zur Vorstellung einer Beziehung von Ursache und Wirkung und lässt uns so aus Beobachtungen in der Vergangenheit Erwartungen für die Zukunft bilden (S. 55 f. und S. 62 ff.). *«Das scheint die einzige Hypothese zur Erklärung der Schwierigkeit zu sein, weshalb wir aus tausend Fällen etwas ableiten, das wir aus einem einzigen Falle, der sich doch in keiner Weise von ihnen unterscheidet, nicht ableiten können. Die Vernunft ist eines solchen Unterschiedes nicht fähig» (S. 63) (...) «So ist die Gewohnheit die grosse Führerin im Menschenleben. Dieses Prinzip ist es allein, das unsere Erfahrung für uns nützlich macht und uns für die Zukunft einen ähnlichen Geschehensablauf erwarten lässt»* (S. 64 f.).

In der Frage indes, was das Wesen der Ursache ist, woher sie ihre *«Wirksamkeit, Kraft» und «Energie»* (S. 85 f.) bezieht, kann Hume nur *«unsere tiefe Unwissenheit»* (S. 97) konstatieren. *«Alle Vorgänge scheinen ganz unzusammenhängend und getrennt. Ein Vorgang folgt dem anderen, doch können wir niemals eine Bindung zwischen ihnen beobachten; sie scheinen verbunden (conjoined), doch nie verknüpft (connected). (...) So scheint die notwendige Schlussfolgerung zu sein, dass wir überhaupt keine Vorstellung des Zusammenhanges oder der Kraft haben ...»* (S. 98 ff.).

Freiheit oder Determiniertheit?

Hume verwirft auch jene Erklärung, die ein höchstes Wesen als Quelle dieser Kraft postuliert. Sie führt den Menschen weit über den Bereich des von ihm Erkennbaren hinaus in ein Märchenland, in welchem die üblichen Methoden menschlicher Erkenntnis kein Vertrauen mehr verdienen. Deshalb liegt nicht nur eine solche Kraft, die direkt von der Ursache ausgeht, jenseits der menschlichen Erkenntnis, sondern auch eine solche, die, vom höchsten Wesen ausgehend, den Ursachen ihre Wirksamkeit verleiht. Abgesehen davon – und entgegen der Meinung der Verfechter dieser Theorie – ist es der Erhabenheit des höchsten Wesens abträglich, wenn sie sich unablässig um die zahllosen Ursachen kümmern (S. 94 ff.). *«Es zeugt von grösserer Weisheit, zunächst das Weltgebäude mit solcher vollkommenen Vorhersicht zu entwerfen, dass es von selbst und durch eigene Wirksamkeit allen Zwecken der Vorsehung dienen kann»* (S. 95 f.).

Da die Frage nach der *«Ursache der Ursachen»* die menschliche Vernunft übersteigt, besteht das Äusserste, wozu die menschliche Vernunft in der Lage ist, darin, *«die vielen einzelnen Wirkungen auf einige wenige allgemeine Ursachen zurückzuführen»* (S. 47). Damit drängt sich die Frage nach der eigentlichen Freiheit des Individuums oder umgekehrt nach der Determiniertheit des menschlichen Lebens auf: *«Es wird allgemein anerkannt, dass die Materie in allen ihren Verhaltensweisen durch eine notwendige Kraft bewegt wird und jede Wirkung in der Natur so genau durch ihre Ursache bestimmt ist, dass unter den betreffenden Umständen keine andere Wirkung aus ihr hätte entstehen können»* (S. 108).

Nach Hume zeichnet sich nun das menschliche Verhalten dadurch aus, dass es durch eine Vielzahl von Ursachen bestimmt ist, was eine grosse Vielfalt von Verhaltensweisen bewirkt. Trotzdem ist die Regelmässigkeit gross genug, um die Bildung allgemeiner Regeln menschlichen Verhaltens zu erlauben (S. 109 ff.). Naturwissenschaftler wissen, dass der *«menschliche Körper eine ungeheuer komplizierte Maschine»* (S. 115) ist und dass ein unerklärliches Verhalten desselben kein Beweis dafür sein kann, dass die Naturgesetze in seinem Innern ungültig, sondern nur dafür, dass die Prozesse noch ungenügend erforscht sind. Ein konsequenter Philosoph muss nach Hume dieselbe Begründung für Willensakte des Menschen anwenden. Den Umstand, dass Menschen zwar in der Theorie vom Zusammenhang von Ursache und Wirkung überzeugt sind, sich aber sträuben, diesen auf sich selbst anzuwenden, führt Hume darauf zurück, dass sie in sich selbst die Wirksamkeit der Ursachen nicht *«spüren»* und meinen, ihr Wille sei frei von jeglicher Ursache (S. 120 ff.).

Humes Begriff der Induktion und seine Bedeutung für die Ökonomie

In der Einleitung zum *«Treatise»* schreibt Hume: *«Es ist offensichtlich, dass alle Wissenschaften in grösserem oder geringerem Masse auf den Menschen bezogen sind, und soweit sie sich auch von ihm entfernen mögen, auf dem einen oder anderen Weg kommen sie doch wieder zurück (...) Es gibt keine Frage von Bedeutung, deren Lösung nicht in diese Lehre vom Menschen miteinbegriffen ist (...) Und wie die Lehre vom Menschen das einzige solide Fundament der anderen Wissenschaften ist, so ist das einzige solide Fundament, das wir dieser Lehre selbst geben können, die Erfahrung und Beobachtung.*[2]» Mit diesem Gedanken sieht David Hume sowohl die Natur- als auch die Geisteswissenschaften als Lehren an, welche sich zentral mit den Menschen und der ihnen umgebenden Umwelt beschäftigen. Für ihn scheint deshalb der Unterschied zwischen *«exakten»* und *«weniger exakten»* Wissenschaften nicht so sehr von Bedeutung zu sein. Entscheidend ist für ihn dagegen, dass die Wissenschaften sich bei der Beschreibung der Zukunft vor allem auf die Instrumente der mehrfach überprüften *Erfahrung und Beobachtung* stützen sollen.

Für Ökonomen bedeutet dies folglich, dass eine Hypothesenbildung zur Erklärung von wirtschaftlichen Reaktionen generell erlaubt ist, dass ihre vorläufige Gültigkeit jedoch nur akzeptiert werden darf, wenn die Kausalität zwischen Ursache und Wirkung in der Vergangenheit genügend oft beobachtet werden konnte und ein sicheres Ergebnis zu erwarten ist. Treten bei gewissen *«Experimenten»* ähnliche Ursachen mit verschiedenen Wirkungen auf, so ist für ihn die Hypothesenbildung für die Zukunft unzulässig. Mit anderen Worten: Für eine feststellbare Kausalität und somit auch für eine zulässige Induktion, welche das wirtschaftliche Ereignis einem generellen ökonomischen Verhalten zuordnen soll, fordert er folglich eine sehr hohe Eintretenswahrscheinlichkeit bzw. ein nach Gewohnheit und Praxis sicher vorhersehbares Ereignis[3].

Wollte die Ökonomie diese streng formulierten Anweisungen beachten, so wären Vorhersagen über die Zukunft eigentlich unzulässig. Nehmen wir beispielsweise die Währungstheorie und -politik. Könnten Ökonomen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlich-

keit die Veränderung des Wechselkurses bei Einwirkungen «bekannter» Kräfte bestimmen, so wären alle Ökonomen Millionäre. Bekanntlich ist dies nicht der Fall, da bei den Wirtschaftswissenschaften, selbst bei mehrfach erfahrenen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, unbekannte oder unerklärbare Kräfte, Energien usw. den Prozess mitbeeinflussen und somit das Eintreten eines bestimmten Ereignisses nicht eindeutig vorhersehbar machen. Auch der Empiriker David Hume hat dieses Problem erkannt. Für ihn liegt das Erklärungsdefizit einerseits in der noch ungenügenden Forschung und andererseits in der mangelnden *«Gleichförmigkeit menschlicher Handlungen»* (S. 112). Da bei wirtschaftlichen Prozessen menschliches Verhalten viel stärker mitberücksichtigt werden muss als bei naturwissenschaftlichen Untersuchungen und das Idealbild eines *homo oeconomicus* in natura nicht existiert, schwächt er für die Sozialwissenschaften seine formalen Anforderungskriterien betreffend Kausalitätsbeziehungen und sicheren Ereignissen etwas ab: *«Wir dürfen jedoch nicht erwarten, dass diese Gleichförmigkeit menschlicher Handlungen solches Ausmass erreicht, dass alle Menschen unter gleichen Umständen, ohne Berücksichtigung der Verschiedenheit der Charaktere, Vorurteile und Ansichten, stets genau in der gleichen Weise handeln werden. Solche Gleichförmigkeit in jeder Einzelheit gibt es nirgends in der Natur. Wir können im Gegenteil aus der beobachteten Vielfalt im Benehmen verschiedener Menschen eine grössere Vielfalt von Grundsätzen bilden, die aber noch ein Mass an Gleichförmigkeit und Regelmässigkeit voraussetzen»* (S. 112).

Hume sieht es als zulässig an, auf mehrfach beobachteten Ereignissen eine induzierte Hypothese aufzustellen, die zwar nicht alle Ereignisse eines Ursachen-Wirkungs-Zusammenhangs, aber zumindest eine grosse Anzahl schematisch erklären kann. Modern ausgedrückt bedeutet dies, dass die Ursache und die entsprechende Wirkung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit korreliert sein muss, damit die Hypothese über einen wirtschaftlichen Wirkungszusammenhang als vorläufig verifiziert angesehen werden darf.

Trotz dieser Relativierung seiner Erkenntnistheorie dürfte Hume mit den angebotenen Resultaten und Hypothesen der genannten Währungstheorie und -politik seine Mühe bekunden, da ihre empirische Relevanz bekanntlich relativ gering ist und sie somit nur einen Bruchteil der Realität erklären kann. Seiner Meinung nach hätte hier die Wissenschaft wohl noch zuwenig geforscht!

Bewertung

Für Ökonomen scheinen die Voraussetzungen, die Hume für eine gültige, eindeutige Kausalbeziehung fordert, sehr restriktiv, ja kaum erfüllbar zu sein. Besondere Schwierigkeiten bereitet Wirtschaftswissenschaftlern die mehrfache Beobachtung von Ursachen und Wirkungen, da ökonomische «Experimente» nicht wiederholt werden können und jede folgende Beobachtung irgendwie in Zusammenhang mit einer vorher gemachten Beobachtung steht. Ausserdem stellt sich das Problem der Stichprobengrösse. Im Falle der makroökonomischen Forschung beträgt diese zwischen etwa 30 (im Falle der Industriestaaten) und rund 200 (Anzahl aller Staaten). Bei der Mikroökonomie wird die Grösse hingegen nur durch den Erhebungsaufwand determiniert. Diese

Möglichkeit sollte im Sinne einer verstärkten mikroökonomischen Fundierung der Ökonomie vermehrt genutzt werden[4].

Als Lehre des Humeschen Gedankengutes sollten Ökonomen sich vor Augen halten, dass ihre Wissenschaft keine gemäss Gewohnheit und Praxis klar vorhersehbare Ereignisse prognostizieren kann, wie dies etwa in Bereichen der Physik möglich ist. Sie kann höchstens mit einer den Umständen entsprechenden Wahrscheinlichkeit *einen Teil aller ökonomischen Verhaltensprozesse erklären.* Wirtschaftliche Erklärungen mögen die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge bis zu einem gewissen Grad transparenter machen, eine Garantie für das Eintreten gewisser Ereignisse bei der wirtschaftspolitischen Beratung kann allerdings nicht gegeben werden, da die ökonomischen «Gesetze» eben keine Gesetze im eigentlichen Sinn des Wortes sind, was in der Öffentlichkeit gegenüber verabsolutierenden Aussagen sogenannter «Wirtschaftsexperten» oft zu wenig beachtet wird.

Sven Bradke

[1] Dargestellt anhand von Humes Hauptwerk «An Enquiry Concerning Human Understanding» (1748); zitierte deutsche Fassung: David Hume: Eine Untersuchung über den menschlichen Verstand, Reclam, Stuttgart 1967. – [2] Hume (1739), A Treatise of Human Nature (Ein Traktat über die menschliche Natur), Übersetzung von Lipps, in 2 Bänden, Hamburg 1978, S. 256 – [3] Untersuchung über den menschlichen Verstand, S. 78 ff. – [4] Begrüssenswert sind beispielsweise Bestrebungen, das Verhalten der Haushalte durch eine Synthese psychologischer und ökonomischer Ansätze zu erklären.

BACHOFEN AG
INDUSTRIELLE AUTOMATION
CH-8610 Uster Telefon 01 944 11 11
CH-1033 Cheseaux s.L. Téléphone 021 731 01 11